

Alaska als Zuflucht

Gerald S. Berman

Zwischen 1939 und 1941 versuchten Mitglieder der jüdischen Gemeinde von Neustadt (Hessen) unter einem Umsiedlungsplan des Innenministeriums der Vereinigten Staaten nach Alaska auszuwandern¹. Das Vorhaben scheiterte, und niemand von Neustadt erreichte Alaska. Die vorliegende Arbeit untersucht die Situation der neustädtischen Juden während der dreißiger Jahre und widmet dabei spezielle Aufmerksamkeit den Auswirkungen anti-jüdischer Maßnahmen. Der zwei Jahre dauernde Umsiedlungsversuch wurde anhand des Briefwechsels zwischen dem Vertreter der Gemeinde und Beamten in Washington verfolgt. Die Arbeit schließt mit einer Beschreibung des Schicksals der neustädtischen Juden.

Der Plan zur Umsiedlung nach Alaska

Im August 1939 veröffentlichte das Innenministerium in Washington unter dem Titel: „Das Entwicklungsproblem in Alaska“ einen Bericht, der die Besiedlung Alaskas mit arbeitslosen Amerikanern und europäischen Flüchtlingen vorsah. Der *Slattery Report*, wie er im allgemeinen genannt wurde, beschrieb die ungeheuren, aber unerschlossenen Schätze des Territoriums und erklärte, daß diese Reichtümer mit zunehmender Bevölkerung erschlossen werden könnten (nur 60 000 Menschen, die Hälfte davon Eingeborene, bevölkerten die beinahe sechs Millionen Quadratmeilen des Territoriums). Da die meisten Amerikaner nicht nach Alaska zögen, so bemerkte der Report, könne eine Bevölkerungszunahme durch die Ansiedlung ausgebildeter europäischer Flüchtlinge erwirkt werden, weil diese sonst aufgrund bestehender Einwanderungsbeschränkungen nicht in der Lage seien, Einlaß in die Vereinigten Staaten zu finden. Der Plan schlug vor, die Beschränkungsbestimmungen durch eine entsprechende Gesetzgebung zu lockern und damit den einwandernden Flüchtlingen die Einreise nach Alaska, aber nicht in die übrigen Vereinigten Staaten, zu gewähren².

Widerstände gegen den Report, welche bald nach seiner Veröffentlichung laut wurden, richteten sich vor allem gegen die vorgeschlagene Einwanderungsregelung. Das US-Außenministerium erklärte, daß der uneingeschränkte Einlaß von Einwanderern nach Alaska zu einem Zusammenbruch des gesamten Systems schutzgebender Einwanderungsgesetze in Amerika führen würde. Präsident Roosevelt schreckte vor einem Zusammenprall mit einem Kongreß, der Einwanderungsbeschränkungen befürwortete, zurück³. Ernest Gruening, der Direktor der Abteilung für Territorien und Inselbesetzungen und spätere Gouverneur von Alaska, bekräftigte, daß sich die amerikanischen Einwanderungsgesetze und -beschränkungen auch auf die Territorien der Vereinigten Staaten bezögen, weshalb Alaska nicht von diesen Regelungen ausgenommen werden könnte⁴.

Starker Widerstand machte sich auch in den Zeitungen, Radiosendungen und unter der Bevölkerung von Alaska breit. Das Vorhaben zur Umsiedlung nach Alaska, sagte Weyman, „zerschellte an den Felsen des Einheimischenrechtlerturns, des Antisemitismus und der wirtschaftlichen Unsicherheit“, die sich in den späten dreißiger und frühen vierziger Jahren jeglicher Flüchtlingsgesetzgebung in den Weg geschoben haben⁵.

Dessenungeachtet verfolgte der Innenminister, Harold L. Ickes, den Umsiedlungsgedanken weiter, und im März 1940 wurde dem Kongreß unter dem Titel *King-Havener Vorlage* ein Gesetzentwurf zur Entwicklung Alaskas eingebracht, welcher die Vorschläge des *Slattery Reports* beinhaltete⁶.

Die Vorlage forderte die Gründung privat finanzierter, öffentlich-rechtlicher Gesellschaften. Der Entwurf sah vor, daß fünfzig Prozent der so geschaffenen Arbeitsstellen mit ausgesuchten, quotenfreien Einwanderern besetzt werden könnten, das heißt, mit Einwanderern, für die die von den USA für ihr Herkunftsland vorgesehenen Einwanderungsquoten keine Berücksichtigung fänden. Diese Flüchtlinge müßten mindestens fünf Jahre lang in Alaska bleiben, bevor sie in die übrigen Vereinigten Staaten einwandern könnten⁷.

Plenarsitzungen befaßten sich im Mai 1940 mit der *King-Havener Vorlage*⁸. Nachdem Innenminister Ickes und andere Staatsbeamte den Gesetzentwurf unterstützt hatten, brachte Alaskas Kongreßabgeordneter, Anthony J. Dimond, ein überzeugendes Argument gegen den Plan vor. Den europäischen Flüchtlingen die ausschließliche Einwanderung nach Alaska zu genehmigen, so führte Dimond aus, habe die Entstehung einer großen „Strafkolonie ausländischer Immigranten in Alaska“ zur Folge. Darüber hinaus sagte er in zutreffender Weise voraus, daß sowohl die territoriale Regierung als auch die Bürger von Alaska solche Maßnahmen ablehnen würden⁹.

Infolge dieser negativen Aussagen und des Mangels an Unterstützung durch die Öffentlichkeit soll die Gesetzesvorlage die Unterabteilungen des Kongresses nie verlassen haben. Nichts geschah; am Ende des Sommers 1940 war der Plan zur Umsiedlung nach Alaska gestorben¹⁰.

Neue Hoffnungen in Europa

Das Erscheinen des *Slattery Reports* erweckte neue Hoffnungen unter Flüchtlingen, die in Europa festsäßen. Das amerikanische Innenministerium erhielt während des ganzen Jahres 1939 Anfragen, die meist von Juden in Deutschland kamen. Ein Kleider- und Wäschefabrikant aus Breslau z. B. schrieb im September 1939: „Unsere Auswanderung ist *sehr dringend*. Ich flehe Sie auf meinen Knien an, mir die Genehmigung zur Einwanderung nach Alaska zu senden.“ Eine Gruppe österreichischer Juden, welche sich vorübergehend in Frankreich aufhielt, schrieb im November 1938: „... .., daß uns kein Land will und (wir) eher sterben würden, als nach Österreich zurückzukehren.“ Ein früherer Rechtsanwalt, Richter und Staatsverwalter in Berlin, stellte in seinem Brief vom August 1939 fest, daß seine Einwanderungsnummer für Amerika 60 605 sei, was mindestens noch eine Wartezeit von sechs Jahren bedeute. Im Mai 1939 baten dreißig Mitglieder der jüdischen Gemeinde von Neustadt (das Thema dieser Arbeit) dringend darum, in Alaska aufgenommen zu werden: „Wir wissen sehr gut, daß uns das harte Klima in Alaska Schwierigkeiten bereiten wird, aber jetzt haben wir keine andere Wahl mehr, wir deutschen Juden“.¹¹

Die Jüdische Gemeinde von Neustadt

Obwohl bereits im 12. Jahrhundert von jüdischen Gemeinden in Hessen berichtet wird¹², wurde die Anwesenheit von Juden in Neustadt erst im 18. Jahrhundert erstmals festgestellt. Arnsberg schreibt, daß zwischen 1759 und 1834 ungefähr zwanzig jüdische Familien in Neustadt lebten¹³. Während des größten Teiles des neunzehnten Jahrhunderts und bis 1933 machten Juden zwischen fünf und sieben Prozent der gesamten Stadtbevölkerung aus. Im Jahre 1880 waren von 2168 Einwohnern 159 Einwohner Juden. 1932, kurz vor Hitlers Machtergreifung, hatte Neustadt 2250 Einwohner. 119 davon waren Juden, die zusammen zwölf erweiterte Familien bildeten¹⁴.

Mit dem Beginn der Naziverfolgungen im Jahre 1933 begannen die jüdischen Gemeindemitglieder, Neustadt zu verlassen. Als sich Bruno Rosenthal im Frühjahr 1939 zum erstenmal über Alaska erkundigte, lebten noch 45 Juden, also etwa ein Drittel der ursprünglichen Gemeinde, in Neustadt¹⁵.

Im Januar 1933 lag das Durchschnittsalter der Juden von Neustadt bei 34,2 Jahren. Im Mai 1939 war das Durchschnittsalter auf 41 Jahre angewachsen. Vierzig Prozent der Gemeinde waren nun 50 Jahre alt oder älter. Zwei Jahre später, kurz bevor die Juden gezwungen wurden, Neustadt zu verlassen, lag das Durchschnittsalter der 24 verbliebenen Gemeindemitglieder bei 52,7 Jahren. Etwa die Hälfte der jüdischen Gemeinde war nun 60 Jahre alt oder älter¹⁶.

Die Alterszusammensetzung der jüdischen Gemeinde von Neustadt ist wahrscheinlich einer der Gründe, warum im Frühjahr 1939 immer noch 45 Juden in der Stadt lebten. Trotz eines Irrgartens bürokratischer Hindernisse war es bis zum Spätjahr 1941 immer noch möglich, Deutschland zu verlassen. Die jüngeren Leute waren die ersten, die gingen¹⁷.

Ähnlich wie andere Juden in deutschen Landgemeinden, waren auch die Juden von Neustadt völlig in das Handelsgewerbe verwickelt¹⁸. Die Neustädter Unterlagen aus der damaligen Zeit führen als Berufe der Juden Ladeninhaber, Geschäftsleute, Händler, Metzger und Viehhändler an¹⁹. Arnsberg schreibt, daß es sich bei den Juden von Neustadt und Momberg, einer Nachbargemeinde, um Viehhändler, Zwischenhändler, Ladeninhaber und ein paar Lumpensammler handelte²⁰. Unterlagen aus den Staatsarchiven von Marburg führen nur drei Berufe für die Neustädter Juden an: Handelsmann, Kaufmann und Verkäuferin²¹. Dies waren kleine Unternehmer, die manchmal andere Juden wie auch Nichtjuden beschäftigten und meist mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsgütern handelten.

Vor der Nazizeit bildeten die 119 Juden von Neustadt eine wohlhabende und gut etablierte Gemeinde. Über die Hälfte der Juden, die zu Beginn der Dreißiger Jahre in Neustadt lebten, waren dort geboren worden. Ältere Gemeindemitglieder erinnern sich der Juden von Neustadt als hart arbeitender, angesehener, gesetzestreuer Mitbürger mit starken Banden zur Gemeinde und zur Nation.

Peal z. B. schreibt, daß die Bachrachs, die Familie von Bruno Rosenthals Frau, um die Jahrhundertwende „unersetzlich für die ländliche Ökonomie von Neustadt“ waren. Sie waren „die Woolworths (oder Wertheimer) von Neustadt“. Die Mitglieder der Familie verkauften alle Arten von Haushaltswaren, Kleider, Textilien und Bedarf für die Landwirte und Handwerker²².

Die Juden hatten die gleichen Wertvorstellungen wie die anderen Ge-

meindemitglieder, kleideten und verhielten sich genauso wie ihre Mitbürger und teilten mit diesen die Liebe zur Landschaft und Natur. Die Kinder von Juden und Nichtjuden spielten miteinander und besuchten nach der Grundschule dieselben weiterführenden Schulen. Jüdische Frauen trafen sich gelegentlich mit ihren nichtjüdischen Nachbarinnen zum Kaffeeklatsch, und die jüdischen Männer gingen manchmal mit den anderen Männern nach der Arbeit ins Gasthaus.

Die religiösen Gepflogenheiten der Juden trugen nicht dazu bei, Unterschiede zwischen den beiden Gruppen herauszustellen. Das Judentum in Neustadt war liberal, zurückhaltend und unaufdringlich; weder frömmlicherisch noch nationalistisch (keiner der Neustädter Juden wanderte nach Palästina ein)²³.

Obwohl das Antijudentum im dörflichen Hessen seit mindestens einem Jahrhundert einen Teil der Volksseele bildete²⁴, blieb es mehr eine abstrakte Idee, die in Witzen oder in einer allgemeinen Abneigung gegen „den Juden und sein Geld“²⁵ zum Ausdruck kam. Es hatte jedoch keine bedeutende Auswirkung auf den alltäglichen Umgang zwischen Juden und Nichtjuden in der kleinen Stadt.

Die Neustädter jüdischen und nichtjüdischen Familien, die einander seit Generationen kannten, akzeptierten ihren gegenseitigen Anteil am wirtschaftlichen und sozialen Leben der Gemeinde. Die Beziehungen zwischen den beiden Gruppen waren freundlich und herzlich, was sich aus ihrer gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit begründete. Die Städter und Landwirte in der Gegend waren vom Handel und von den Dienstleistungen der Juden abhängig, während sich die jüdischen Kaufleute auf die ortsansässigen Kunden verließen.

Trotz dieses gegenseitigen Aufeinanderbezogenseins bildete die kleine jüdische Gemeinde von Neustadt deutlich eine eigene Gruppe. Die Juden besuchten regelmäßig ihre Synagoge, hielten sich an die jüdischen Feiertage, begingen bestimmte Lebensabschnitte nach traditionellem jüdischem Brauch, beachteten ihre Fastenvorschriften und öffneten ihre Geschäfte am Sabbath nicht. Sie identifizierten sich stark mit ihrem Judentum und waren sich deutlich bewußt, daß sie sich vom Rest der Gemeinde unterschieden. Das Vermeiden von Mischehen zwischen Juden und Nichtjuden trug zur weiteren Stärkung und Instandhaltung der ethnischen und religiösen Identität der Juden bei.

Die Neustädter Juden unterrichteten ihre jüngeren Kinder in einer eigenen Grundschule (bis diese im Januar 1934 geschlossen wurde), unterhielten ihre eigenen Metzgereien und begruben ihre Toten auf ihrem eigenen Friedhof.

Obwohl sie eine zentrale Rolle im wirtschaftlichen Leben der Gemeinde und ihrer Umgebung spielten, bewegten sich die Juden ausschließlich im gewerblichen Bereich. Es gab weder jüdische Beamte oder Facharbeiter noch jüdische Landwirte in Neustadt.

Die Juden in Neustadt, wie auch die Juden in anderen ländlichen Gemeinden Deutschlands, mußten mit den Realitäten und den Belastungen eines Lebens in zwei Welten fertigwerden: auf der einen Seite gehörten sie zur Gemeinde und zum Land (und zu Deutschland), und auf der anderen Seite gehörten sie zu ihrer eigenen, eng zusammenhaltenden ethnischen Gruppe.

Die Studie einer Stadt von ähnlicher Größenordnung im Rheinland beschreibt die Beziehung zwischen den beiden Gruppen als eine „stabile, harmonische Anpassung“ im Gegensatz zu einer Eingliederung oder Trennung. Jeder in der Gemeinde, Jude und Nichtjude, kannte seinen Platz und den Platz der anderen und beachtete die allgemein anerkannten Grenzen sozialer Beziehungen²⁶.

Die Auswirkungen der Naziverfolgung

Das Verhältnis gegenseitiger Anpassung zwischen Juden und Nichtjuden in Neustadt zerbrach an den Verfolgungen des Hitler-Regimes²⁷. Antijüdische Maßnahmen begannen unmittelbar nach Hitlers Machtergreifung im Januar 1933 und wurden während der gesamten Dreißiger Jahre verstärkt und fortgesetzt, wenn auch mit einer gewissen Unregelmäßigkeit. Ein System des Terrors war bezeichnend für die erste Hälfte der Nazierrschaft – Verleumdungen, Hausdurchsuchungen, Inhaftierungen und die Drohung mit dem Konzentrationslager richteten sich gegen die politischen Feinde des Systems²⁸. Unter den Opfern befanden sich Anhänger der jüdischen Religion. Diese anfänglichen Terrormaßnahmen waren begleitet von gerichtlichen Anordnungen, welche die Juden aus bestimmten Bereichen des Staatsdienstes, der akademischen Berufe, des kulturellen Lebens und der Massenmedien ausschlossen. Diese Anordnungen hatten jedoch geringe Auswirkungen in Neustadt. Die Neustädter Juden waren, wie schon erwähnt, freiberuflich, zum größten Teil kleine Unternehmer, oder aber sie waren bei anderen Juden angestellt.

Die Nürnberger Gesetze von 1935, welche die Juden in Deutschland entrechteten und Sexualbeziehungen zwischen Juden und Nichtjuden verboten, hatten ebenfalls kaum Folgen für Neustadt. Es fanden wenige, wenn überhaupt, Eheschließungen oder auch nur engere soziale Beziehungen zwischen den jüdischen und nichtjüdischen Einwohnern statt.

Der inoffizielle Boykott jüdischer Geschäfte, welcher 1934 begann, hatte jedoch seine Auswirkungen. Die Einwohner von Neustadt wurden unter beachtlichen Druck gesetzt, keine jüdischen Geschäfte zu betreten, keinen Handel mit jüdischen Kaufleuten zu betreiben und sogar keine ihrer jüdischen Freunde in der Öffentlichkeit zu grüßen. Solche Zwänge waren besonders wirksam in kleinen Gemeinden wie Neustadt, wo Zuwiderhandlungen leicht festgestellt werden konnten. Mit den Juden zu handeln konnte sich als sehr unvorteilhaft erweisen: man konnte seinen Arbeitsplatz verlieren, aus seiner Wohnung ausgewiesen werden oder, wenn sonst nichts geschah, sich öffentlich blamieren²⁹.

Der Druck, der gegen den Handel mit den Juden ausgeübt wurde, führte jedoch nicht immer zu den gewünschten Ergebnissen. Die Bauern in den ländlichen Gegenden um Kassel weigerten sich 1935 und 1936, ihre Geschäfte mit jüdischen Viehhändlern zu unterlassen³⁰. Die jüdischen Händler kauften überflüssiges Vieh, zahlten bar, gewährten Kredit und leisteten andere Dienste, welche wenige nichtjüdische Händler, Banken oder die Regierung zu leisten bereit waren³¹. Arbeiter im ländlichen Unterfranken, denen Arbeitslosigkeit drohte, fragten nicht danach, ob ihre Arbeitgeber arisch waren oder nicht – sie waren froh, eine Beschäftigung zu haben³². Trotz der antijüdischen

Propaganda, den Schildern in den Läden, die besagten, daß Juden nicht willkommen waren, und den systematischen Anstrengungen der Nazis, den Viehhandel judenfrei zu halten, setzten sich in den ländlichen Gebieten die Geschäfte zwischen den Bauern und den jüdischen Viehhändlern noch bis Anfang 1938 fort³³.

Ungeachtet dieser recht unterschiedlichen Ergebnisse der Nazizwänge, erinnerte sich ein Bewohner, daß um 1935 das jüdische Geschäft in Neustadt offensichtlich litt. Die inoffiziellen Zwänge zur Vermeidung der Juden zeigten ihre Folgen. Nur noch wenige Nichtjuden betraten judeneigene Geschäfte. Als sie ihre Kunden verloren, begannen die Juden mehr und mehr, untereinander Geschäfte abzuschließen. Die Juden fingen an, ihre Läden zu verkaufen und manchmal auch ihre Häuser und ihren persönlichen Besitz. Zwischen 1933 und 1937 verließ ein Drittel der jüdischen Gemeinde Neustadt³⁴.

Das Jahr 1938 brachte eine weitere Verstärkung antijüdischer Maßnahmen mit sich. Eine Welle gerichtlicher Regelungen, die im Februar begann und sich über das ganze Jahr fortsetzte, bewirkte das Ende der verbleibenden jüdischen Geschäfte. Sie wurden entweder gezwungen zu schließen, oder sie wurden „arisiert“ (zu stark reduzierten Preisen an Deutsche verkauft). Am Ende des Jahres waren die Juden zum größten Teil vom wirtschaftlichen Leben in Deutschland ausgeschlossen.

Der brutalste Angriff gegen die Juden vor der Endlösung waren jedoch die Judenverfolgungen in der sog. „Reichskristallnacht“ vom 8. bis 10. November 1938. Am 8. November organisierten die SA und die Hitlerjugend einen Marsch durch die Straßen von Neustadt, der zu „Ausschreitungen“ gegen die Juden führte. Örtlichen Berichten zufolge beteiligte sich eine „aufgebrachte Menge“ von ca. 250 bis 300 Menschen an der Zerstörung jüdischen Eigentums. Die Synagoge, einschließlich ihrer Innenausstattung und Zeremoniengegenstände, wurde völlig zerstört. Häuser und Wohnungen der Juden wurden von Feuern beschädigt oder von Steinen, welche die „aufgeregte Volksmenge“ warf. Die Schaufenster jüdischer Geschäfte wurden eingeworfen, und es wurde über Fälle von Raub und Plünderung berichtet³⁵.

Es sei herausgestellt, daß die Aufstände in Neustadt in der Nacht vom 8. November ausbrachen, also eineinhalb Tage vor Heydrichs Aufruf an die SA und andere Parteianhänger, im ganzen Reich „gegen die Juden zu demonstrieren“³⁶. Die ortsansässige SA und andere in der Stadt handelten offensichtlich in Eigeninitiative zur Vergeltung des Meuchelmordes an einem Attaché der deutschen Botschaft in Paris. Die Presse berichtete von ähnlichen Ausbrüchen in der Gegend während jener Nacht. Diese könnten Heydrich als Modellfall für Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden gedient haben.

Am 10. November ordnete der Bürgermeister von Neustadt an, daß alle jüdischen Männer über 18 in „Schutzhaft“ genommen werden sollten. Zehn Männer, unter ihnen Bruno Rosenthal³⁷, wurden in zwei Zellen des Ortsgefängnisses eingesperrt. Zwei von ihnen entließ man wegen ihres fortgeschrittenen Alters. Die übrigen wurden wenige Tage später nach Buchenwald gesandt, wo sie mehrere Monate lang festgehalten wurden³⁸.

Der sog. „Reichskristallnacht“ folgte eine geringe Abwanderung von Juden aus Neustadt. Drei verließen die Gemeinde direkt nach den Aufständen von 1938, und 13 weitere folgten ihnen 1939 (seit 1933 hatten durchschnittlich sie-

ben Juden pro Jahr die Gemeinde verlassen)³⁹. Für die übrigen Gemeindemitglieder war ein Überleben nur schwer vorstellbar. Von 1939 an lebte jeder vierte Jude in Deutschland von der Sozialhilfe. Der Anteil verarmter Juden war auf dem Lande noch um einiges höher⁴⁰. Zu Beginn des Jahres 1939 sahen sich die 50 in Neustadt verbliebenen Juden – gealtert, gesellschaftlich isoliert und ihres Lebensunterhaltes beraubt – einer hoffnungslosen Situation gegenüber.

Nach Rosenthals Entlassung aus Buchenwald Anfang 1939 wurden er selbst und andere sich in Neustadt der Tatsache bewußt, daß ihnen keine andere Möglichkeit als die Auswanderung blieb – sie waren nun entschlossen, Deutschland zu verlassen. Jedoch, die übrige Welt schien ihnen verschlossen: Einwanderungen nach Palästina wurden von den Engländern erheblich beschränkt, die westeuropäischen Länder waren vollgestopft mit Flüchtlingen, die darauf warteten, nach Übersee auszuwandern, und die Überseeländer nahmen nur wenige Flüchtlinge auf. Da sie keinen Zufluchtsort finden konnten, aber von den Nazis zum Verlassen Deutschlands gedrängt wurden, klammernten sich die Neustädter Juden an eine verzweifelte Lösung. Der unbestimmte Plan einer Massenansiedlung von Flüchtlingen in Alaska, von dem Rosenthal offensichtlich im „Jüdischen Nachrichtenblatt“ gelesen hatte, bot einen Hoffnungsschimmer⁴¹. Am 1. Mai 1939 sandte Bruno Rosenthal seinen ersten Brief nach Washington.

Briefwechsel

Bruno Rosenthal, der sich als „Vorstand der jüdischen Gemeinde von Neustadt“ bezeichnete, unterhielt vom Mai 1939 bis zum Januar 1941 einen fast zweijährigen Briefwechsel mit Beamten in Washington. Damit versuchte er zu erreichen, daß er, seine Frau und eine Anzahl anderer Mitglieder der jüdischen Gemeinde von Neustadt unter den Bestimmungen des Umsiedlungsplanes nach Alaska einwandern konnten. Während dieser beiden Jahre schrieb Rosenthal neun Briefe nach Washington und erhielt drei kurze, unpersönliche Antworten und ein gerichtliches Rundschreiben⁴². Wie aus seinen Briefen hervorgeht, schwankte er zwischen Hoffnung und Verzweiflung, je nach Zeitpunkt und Inhalt der Schreiben aus Washington. Eine bestimmte Verzweiflung zeigt sich auch in seinen wiederholten und manchmal übertriebenen Herausstellungen des „Pionierpotentials“ der Neustädter Juden. Die Gemeinde sah schließlich die Hoffnungslosigkeit einer Flucht nach Alaska ein, und die einzelnen Mitglieder verließen sich wieder auf ihre persönlichen Einwanderungsnummern, was für jeden noch Jahre des Wartens bedeutete.

Rosenthal sandte seine ersten beiden Briefe vom 1. Mai und 1. August 1939 an das US-Außenministerium, was sicherlich die falsche Adresse war, wenn man bedenkt, daß das Ministerium seit langem Einwanderungsbeschränkungen befürwortet hatte. Außerdem unterstand alles, was mit den Territorien der Vereinigten Staaten zu tun hatte, der Verfügungsgewalt des Innenministeriums, was Rosenthal zu jenem Zeitpunkt noch nicht wußte.

Am 16. August sandte Rosenthal seinen dritten Brief nach Amerika, den er diesmal richtig an das Innenministerium adressierte. Er schrieb, daß er einen Zeitungsartikel gelesen habe, demzufolge der Innenminister beabsichtige, „deutschen jüdischen Handwerkern, Landwirten, Mechanikern und anderen

Leuten wie uns Bewerbern eine Chance im Territorium von Alaska zu geben”.

Rosenthal mußte bis Anfang November 1939 auf eine erste Antwort aus Washington warten. Er erhielt ein Schreiben, das von Harry Slattery, einem Regierungsbeamten, unterzeichnet war und sich nur auf seinen letzten Brief bezog. Slatterys Antwort war kurz und unpersönlich. Sie besagte lediglich, daß für Alaska dieselben Gesetze zur Einwanderungsbeschränkung wie für die kontinentalen USA zuträfen und daß Einwanderungen in das Territorium deshalb nicht die Angelegenheit des Innenministeriums seien. Rosenthals Erkundigungen, so hieß es in dem Schreiben, würden an die „entsprechende Behörde“ weitergeleitet, um festzustellen, welche Verfügungen getroffen werden könnten, und er (Rosenthal) würde „von den Ergebnissen so bald wie möglich unterrichtet“ werden. Eine Kopie des Slattery-Reports war dem Schreiben beigelegt.

Während Slatterys Brief Rosenthal lediglich an das Außenministerium zurückverwies, erweckte der Report neue Hoffnungen in ihm. Im Gegensatz zu Slatterys unbestimmter Antwort sprachen die Vorschläge in dem nach ihm benannten Report eindeutig von der Möglichkeit einer Besiedlung Alaskas mit ausgesuchten, von den Beschränkungen befreiten Einwanderern.

Rosenthal schrieb innerhalb einer Woche zurück. Da er die Absichten des Vorhabens begriffen hatte, stellte er das „Pionierkapital“ der jüdischen Gemeinde von Neustadt heraus. Sie besäßen, so stellte er fest, „jene Charakterzüge – Fleiß, Initiative, und außerdem, was der Report nicht erwähnt, Idealismus – deren es bedarf, um sich erfolgreich in Alaska niederzulassen. . . . Weder die Kälte noch andere Naturgewalten sollen uns davon abhalten, unsere Pflicht zu tun . . . geben Sie uns keine Almosen, sondern Unterstützung. Das ist für uns neue alaskanische Pioniere gerade das Richtige”.

Zum Ausdruck seiner Hoffnung führte Rosenthal die Namen von 21 „deutschen Juden“ an und unterstrich, daß alle „gesund und kräftig“ seien und so bald wie möglich nach Alaska auswandern wollten. Sein Brief war optimistisch. Er erwartete eine umgehende und bestätigende Antwort.

Seine Zuversicht sollte jedoch nicht lange dauern. Vier Monate vergingen, ehe er eine Antwort aus Washington erhielt. In der Zwischenzeit schrieb er im November und im Dezember 1939 mehrere Briefe, in denen er seine Enttäuschung über das Ausbleiben einer Antwort zum Ausdruck brachte. Er flehte eindringlich um eine Zusage: „Der einzige Kummer und die einzige Sorge all meiner Mitgläubigen sind es, mit Mut, Kraft und Geduld das schwere Los des Wartens auf Alaska zu ertragen”. Er fügte hinzu, daß, wenn „21 Leute zu viele für die erste ‚Pionierwelle‘ sind, nehmen Sie die Nummern eins bis dreizehn auf der Liste und den Rest später”.

Von Ende 1939 bis Anfang 1940 verschlechterte sich die Situation auf dem europäischen Kontinent. Im September 1939 brach in Europa der Krieg aus. Im darauffolgenden Monat wurden alle in Deutschland lebenden polnischen Staatsbürger nach Polen ausgewiesen. 1939 wurden zum erstenmal die amerikanischen Einwanderungsquoten für deutsche Immigranten erreicht, und die Durchgangsländer in Westeuropa waren, wie schon erwähnt, mit Flüchtlingen, die auf Überseevisen warteten, angefüllt.

Am 27. März 1940 erhielt Rosenthal endlich eine Antwort vom amerikanischen Innenministerium. Das Schreiben erwähnte kurz, daß das Ministerium

noch nichts von der „zuständigen Behörde“ gehört habe, und daß weitere Informationen „so bald wie möglich“ folgen würden.

Rosenthal war entmutigt und schrieb am nächsten Tag zurück, wobei er noch einmal „die große Notwendigkeit für uns jüdische Menschen, aus Deutschland herauszukommen“, unterstrich. Er unterbreitete einen mutigen Vorschlag zugunsten der 15 verbliebenen Mitglieder der jüdischen Gemeinde von Neustadt: „Ist es möglich, mein Gesuch dem Präsidenten als ein dringendes Anliegen zu unterbreiten?“

Da der Brief aus Washington vom Dezember des vorigen Jahres stammte, wußte Rosenthal nicht, daß die Vorschläge für die Maßnahmen zur Umsiedlung nach Alaska dem Kongreß bereits unterbreitet worden waren.

Und wieder wartete Rosenthal auf eine Antwort. Ende August 1940 erhielt er schließlich ein gerichtliches Rundschreiben aus Washington (abgeschickt im April), das von der Gesetzesvorlage berichtete. Noch einmal waren Rosenthals Hoffnungen geweckt: „Die Alaska-Angelegenheit hat eine neues Gesicht angenommen! Alaska braucht Bevölkerung“, schrieb er am 19. September zurück und bezog sich dabei auf den Hauptgedanken der Vorlage. „Und wir sind gerade solche Menschen, wie sie die Alaskaner mögen. Ich hoffe, daß Sie mir so bald wie möglich mitteilen, daß ich nach Alaska einwandern kann.“

Zu dem Zeitpunkt jedoch, als Rosenthal das gerichtliche Rundschreiben erhielt, war die Gesetzesvorlage bereits gestorben. Er wußte davon aber nichts, bis ihm im Januar 1941 vom Innenministerium mitgeteilt wurde, daß „der Kongreß keine weiteren Maßnahmen im Hinblick auf diese Vorlage getätigt hat“. Das Schreiben fügt hinzu, daß sich Rosenthal „wieder“ mit den regulären Einwanderungsbestimmungen vertraut machen solle. Der Brief schließt (siehe: fügt hinzu) mit der Bemerkung: „Dem kann im Moment nichts hinzugefügt werden“.

In seinem letzten Brief vom 28. Januar 1941 sah Rosenthal ein, daß es für ihn und seine Familie, wie auch für die anderen Mitglieder der jüdischen Gemeinde von Neustadt keine Hoffnung auf eine gemeinsame Umsiedlung nach Alaska gab. Trotzdem schrieb er noch einmal ein letztes Gesuch, in dem er versicherte, daß er und seine Frau ehrgeizige Menschen seien und begierig darauf, als Pioniere nach Alaska zu gehen. „Gibt es denn gar keine Ausnahmen?“ Zum Schluß erkundigte er sich nach seinem Sponsor in Amerika, dessen Adresse er bei seinem „verfluchten Glück“ verloren habe. Würde ihm das Ministerium bitte dabei behilflich sein, diese Information wiederzufinden?

Das Schicksal der Gemeinde

Entsprechend der erhaltenen Meldeamtsunterlagen der Gemeinde Neustadt wurden 14 Juden am 20. Mai 1941 nach Roth zwangsumgesiedelt. Einige Tage zuvor, am 16. Mai, waren drei Juden zwangsweise in die Gemeinde Fronhausen im Kreis Marburg umgesiedelt worden⁴³.

Mit diesen Umsiedlungen bereiteten die Nazis die späteren Deportationen vor. Alle Juden aus einem bestimmten Gebiet wurden in Sammeldörfern und in diesen in Judenhäusern konzentriert⁴⁴. Im Bezirk Marburg z. B. wurden von April bis Ende Juni 1941 45 Juden, etwa ein Drittel der damaligen jüdischen Bevölkerung des gesamten Bezirkes, zwangsweise in fünf Dörfer umgesiedelt.

29 dieser Juden befanden sich nach den Zwangsumsiedlungen in den Gemeinden Roth und Fronhausen⁴⁵.

Entsprechend der Neustädter Unterlagen verblieben nach diesen Bewegungen noch sechs Juden in Neustadt. Wie aus den Aufzeichnungen hervorgeht, wurde einer von ihnen nach Groß-Rosen, einem kleinen Konzentrationslager in Unterschlesien, transportiert, während ein anderer in den „Osten“ verschickt wurde. Von vieren wird berichtet, daß sie in die USA ausgewandert seien; eine Mutter mit ihrem Sohn 1942 (diese beiden waren auch in Roth gemeldet, wie aus den dortigen Unterlagen hervorgeht) und zwei andere 1948⁴⁶. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die Angaben über diese vier Personen teilweise oder auch völlig inkorrekt sind.

Da sich die verschiedenen Unterlagen widersprechen, bleibt das letztliche Schicksal der Neustädter Juden ungewiß. Die Neustädter Aufzeichnungen besagen, daß 14 Juden nach Roth umgesiedelt wurden. Entsprechend den Unterlagen von Roth befanden sich aber nur acht von diesen nach dem Mai 1941 tatsächlich in der Gemeinde. Die Angaben von Roth besagen jedoch, daß sich insgesamt 13 Juden zu der betreffenden Zeit dort aufhielten. Unter diesen waren die acht, die im Mai von Neustadt nach Roth umgesiedelt wurden (siehe oben) und fünf andere, die entsprechend den Neustädter Daten entweder vor oder nach dem Mai 1941 in andere Gebiete gezogen waren⁴⁷.

Die Unterlagen widersprechen sich ebenfalls in ihren Angaben über das schließliche Ende der 13 Neustädter Juden, die damals in Roth gemeldet waren. Wie aus einem Bericht von Kosog hervorgeht, starb einer von ihnen in Roth. Rosenthal und seine Frau wurden im November 1941 an ein unbekanntes Ziel verschickt, und es wird berichtet, daß sie dort umkamen. Die übrigen zehn (drei Familien) wurden im September 1942 nach Theresienstadt deportiert⁴⁸.

Die Meldeamtsunterlagen von Roth besagen jedoch, daß von den Neustädter Juden vier nach Auschwitz, zwei in den „Osten“, zwei nach Minsk und einer nach Theresienstadt deportiert worden seien. Drei, einschließlich der Familie Rosenthal, seien an unbekannte Orte verschickt worden (keine Datenangaben)⁴⁹.

Wie dem auch sei, am 6. September 1942 fand die dritte und letzte Deportation von Roth und von anderen Gemeinden in dem Gebiet um Marburg statt. Damit hörte die jüdische Gemeinde von Roth, die auch die Überlebenden der Neustädter Juden einschloß, auf zu existieren⁵⁰.

Anmerkungen:

- 1 Ich danke der Gustav-Wurzeiler-Stiftung in New York für ein Stipendium, das zur Bereitstellung der Unterlagen für diese Studie beitrug. Desweiteren bin ich Dr. Henry Wassermann, dem Herausgeber der Pinkas haKehillot Hessen (Enzyklopädie Hessischer Gemeinden), zu Dank verpflichtet. Ich bedanke mich bei Yad Vashem, Jerusalem, Israel, das mir dabei behilflich war, bibliographische und archivarische Materialien über Hessen ausfindig zu machen und frühere Entwürfe dieser Arbeit kritisch beurteilt hat. Für etwaige Irrtümer, Mißdeutungen der Geschichte oder Fehlinterpretationen übernehme ich jedoch uneingeschränkte Verantwortung. Außerdem danke ich dem Bürgermeister von Neustadt und allen, die ich bei meinem dortigen Besuch kennenlernen durfte. Sie haben mich mit großer Gastfreundschaft empfangen und haben meine Anstrengungen, Informationen über die jüdische Gemeinde ausfindig zu machen, in jeder Weise unterstützt. Schließlich möchte ich mich bei Annemarie Kuhn für die Übersetzung dieser Arbeit aus dem Amerikanischen bedanken.

- 2 New York Times, 24. November 1938, S. 8; 16. August 1939, S. 7; The Problem of Alaskan Development, Washington, 1939, S. 1-8, 11, 16-29.
- 3 Henry L. Feingold, The Politics of Rescue: The Roosevelt Administration and the Holocaust 1938-1945, New Brunswick/NJ 1970. David S. Wyman, The Abandonment of the Jews, America and the Holocaust, 1941-1945, New York 1984.
- 4 Vgl. Ernest H. Gruenings Tagebücher, 16., 22. November, 12. Dezember 1939. Personal File, Box 3, Folder 10, University of Alaska Archives, Fairbanks, Alaska, March 1939.
- 5 David S. Wyman, Paper Walls: America and the Refugee Crisis, 1938-1941, Amherst/Mass. 1968, S. 11. Verschiedene Reaktionen zu dem Alaska-Plan wurden zusammengefaßt in: Gerald S. Berman, Reactions to the Resettlement of World War II Refugees in Alaska. - In: Jewish Social Studies, Bd. XLIV, Summer-Fall 1982, S. 271-282.
- 6 Vgl. Harold L. Ickes, The Secret Diary of Harold L. Ickes, The Lowering Clouds 1939-1941, New York 1954.
- 7 Für eine Kopie der Vorlage vgl. U.S. Congress, Senate, Settlement and Development of Alaska, Hearings before a Subcommittee of the Committee on Territories and Insular Affairs on S. 3577, 76 Congress, 3rd Session, Washington/D.C., 1940.
- 8 Settlement and Development of Alaska.
- 9 Zu Dimonds Widerstand vgl. Settlement of Alaska and European Refugees. Remarks of Hon. Anthony J. Dimond, delegate from Alaska in the House of Representatives, June 1940.
- 10 Zur Geschichte und Entwicklung des Alaska-Umsiedlungsplanes vgl. Claus-M. Naske, Jewish Immigration and Alaskan Economic Development, A Study in Futility. - In: Western States Jewish Historical Quarterly, Bd. 8, January 1976, S. 139-157.
- 11 Diese Briefe gehören zu einer Dokumentensammlung über den Alaska-Umsiedlungsplan, die sich unter den Akten des US-Innenministeriums befindet (Mikrofilmkopien befinden sich in den Archiven der Bibliothek der Universität von Alaska, Fairbanks). Vgl. Division of Territories, Department of the Interior, File 9-1-6, Part I, Alaska-Colonization-Refugees-General. Records of the Office of Territories, RG 126, National Archives, 1940 (im folgenden bezeichnet als Territories Papers).
- 12 Juden in Hessen, Ausstellung der hessischen Staatsarchive, Wiesbaden, n. d.
- 13 Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, Bd. 2, Frankfurt 1972, S. 125.
- 14 Für Bevölkerungszahlen vgl. Arnsberg, S. 124-126; Ute und Dankward Sieberg, Führer durch Neustadt und Umgebung, Marburg 1974; Johannes Keppler, Neustädter Geschichtskalender 1802-1938, Neustadt 1980.
- 15 Unterlagen des Meldeamtes Neustadt, unter den Akten des Pinkas haKehillot Hessen (PKH) Projekts, Yad Vashem, Jerusalem. 1960 sandte das PKH Projekt Fragebögen an die Meldeämter hessischer Gemeinden und bat um Informationen über frühere jüdische Bewohner. Im September 1960 schickte der Bürgermeister von Neustadt einen ausgefüllten Fragebogen zurück. Darin aufgeführt waren die Namen sowie weitere Daten der Juden, die zwischen 1933 und 1945 in Neustadt lebten.
- 16 Meldeamt Neustadt.
- 17 Für Angaben über Veränderungen in der Altersstruktur der Juden von Deutschland nach 1933 vgl. Herbert A. Strauss, Jewish Emigration from Germany, Nazi Policies and Jewish Responses (I). - In: Leo Baeck Institute (LBI) Year Book 25, 1980, S. 313-361.
- 18 Für eine Beschreibung des jüdischen Kaufmanns in Deutschland vgl. The Jewish Merchant-Typology and Stereotyping in Germany. - In: LBI Year Book 19, 1974, S. 11-23.
- 19 Meldeamt Neustadt.
- 20 Arnsberg, S. 125.
- 21 Staatsarchiv Marburg, Bestand 180, Landesamt Marburg 4829.
- 22 David Peal, Anti-Semitism and Rural Transformation in Kurhessen: The Rise and Fall of the Boeckel Movement. Unveröffentlichte Dissertation, Columbia University, New York 1985, S. 105.
- 23 Vgl. Yeshayahu Wolfsberg, Popular Orthodoxy. - In: LBI Year Book 1, 1956, S. 237-254.
- 24 Peal.
- 25 Vgl. z. B. Henry Wassermann, The Fliegende Blaetter as a Source for the Social History of German Jewry. - In: LBI Year Book 28, 1983, S. 93-138.
- 26 Frances Henry, Victims and Neighbors. A Small Town in Nazi Germany Remembered, Massachusetts 1984.
- 27 In Anbetracht des Mangels an Informationen über die Juden in Deutschlands ländlichen Gebieten wäre es schwierig, die Entwicklungen während dieser Periode genau zu rekonstruieren. Wenige schriftliche Materialien, wie z. B. Memoiren oder Autobiographien, stammen aus ländlichen Gegenden. Nichtsdestoweniger wurden bei dem Versuch, diese Periode zu

beschreiben, mehrere Quellen herangezogen. Als besonders hilfreich erwiesen sich Lageberichte (unter den Akten des PKH Projektes), in denen Ortspolizeistellen in bestimmten Abständen ihre übergeordneten Stellen von Naziaktionen und von der öffentlichen Stimmung in Kenntnis setzten. (Vgl. Otto Dov Kulka, *Public Opinion in Nazi Germany and the "Jewish Question"*. – In: *The Jerusalem Quarterly*, No. 25, 1982, S. 121–144; und Dokumente aus dem Staatsarchiv von Marburg, vgl. Anmerkung 21.

Andere Informationsquellen waren: Interviews mit älteren Bewohnern von Neustadt und mit früheren jüdischen Einwohnern anderer Gemeinden in Hessen sowie Schlußfolgerungen, die aus mehreren Fallstudien jüdischer Kleinstadtgemeinden gezogen werden konnten. Vgl. Jacob Picard, *Childhood in the Village*. – In: *LBI Year Book* 4, 1959, S. 273–293; William Sheridan Allen, *The Nazi Seizure of Power, The Experience of A Single German Town 1930–1935*, Chicago 1965; John K. Dickenson, *German and Jew, the Life and Death of Sigmund Stein*, Chicago 1967; Werner J. Cahnman, *Village and Small-Town Jews in Germany. A Typological Approach*. – In: *LBI Year Book* 19, 1974, S. 1097–1137; Peter O. Chotjewitz und Renate Chotjewitz-Häfner, *Die mit Tränen säen, Israelisches Reise-Journal*, München 1980; Monika Richarz (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*, Bd. III, Stuttgart 1982; Henry Menachem Kaufman, *Kristallnacht in a Small Town – Groß-Gerau, November 1938*. – In: *London Jewish Quarterly*, Bd. 33, 1986, S. 47–53.

28 Allen.

29 Ein jüdischer Bewohner der Kleinstadt Lippehne berichtet z. B., daß die Leute, die in seines Vaters Eisenwarenhandlung kamen, vom Fenster eines Gasthauses auf der gegenüberliegenden Straßenseite aus fotografiert wurden. Ihre Bilder wurden im Schaukasten des „Stürmer“ ausgestellt, was zur Folge hatte, daß sie auf alle möglichen Weisen belästigt wurden. Vgl. Richarz, S. 336–345.

30 Lageberichte, PKH Projekt, Yad Vashem.

31 Falk Wiesemann, *Juden auf dem Lande: die wirtschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Viehhändler in Bayern*. – In: D. Peukert und J. Rülecke (Hrsg.), *Die Reihen fest geschlossen*, Wuppertal 1981, S. 381–396. Vgl. auch Peals Bemerkungen über das Versagen der ländlichen Genossenschaften.

32 Ian Kershaw, *The Persecution of Jews and German Popular Opinion in the Third Reich*. – In: *LBI Year Book* 26, 1981, S. 261–289.

33 Lageberichte, PKH Projekt, Yad Vashem.

34 Meldeamt Neustadt.

35 Staatsarchiv Marburg.

36 Heydrichs Anordnungen vom November 1938 (Kopie eines äußerst dringenden Telegrammes aus München vom 10. November 1938, 13.20 Uhr). Vgl. Arad Y. Gutman, and A. Margalio (Hrsg.), *Documents on the Holocaust*, Jerusalem 1981, S. 102–104.

37 International Tracing Service, *Case Index (Microfilm)*. Central Files Registry, Master Index, Roll No. 123, Arolsen, West Germany (aufgenommen von Yad Vashem, Jerusalem).

38 Staatsarchiv Marburg.

39. Meldeamt Neustadt.

40 Herbert A. Strauss, *Jewish Immigrants of the Nazi Period in the USA*, Bd. I, New York 1978, S. XIII–XXVIII.

41 Die einzige jüdische Publikation, die nach 1938 noch veröffentlicht werden durfte, war ein „Jüdisches Nachrichtenblatt“, eine Wochenzeitung, die in Berlin herausgegeben wurde und nach der sog. „Kristallnacht“ ins Leben gerufen worden war, um die Kontrollmaßnahmen der Nazis zu unterstützen und um den Schein zu wahren. Das „Nachrichtenblatt“ berichtete in regelmäßigen Abständen von Umsiedlungsplänen, da die Nazis bis zum Spätjahr 1941 das Ziel verfolgten, die Juden dazu zu bewegen, Deutschland unter allen Umständen zu verlassen.

42 Die Briefe, auf die in diesem Abschnitt Bezug genommen wird, befinden sich unter den Territories Papers.

43 Meldeamt Neustadt.

44 Gunther Rehme und Konstantin Haase, *Mit Rumpf und Stumpf ausrotten (Zur Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933)*. – In: *Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur*, Bd. 6, 1982, S. 54–55.

45 Staatsarchiv Marburg.

46 Meldeamt Neustadt.

47 Meldeamt Roth.

48 Herbert Kosog, *Die Juden von Roth, vervielfältigte Arbeit*, kein Datum, S. 11–13.

49 Meldeamt Roth.

50 Kosog; Rehme und Haase.